

**Sondersitzung des Rates zum Bebauungsplan:** Am Montag, den 14.01.12 wird der Rat der Stadt Trier zu einer Sondersitzung zusammen kommen, um über die Auswirkung eines Bebauungsplan zum sog. Gerberviertel zu befinden. Verbunden mit diesem gültigen Bebauungsplan ist das städtische Vorrecht zum Grundstückserwerb vor Privatinvestoren, von dem jetzt noch kurz vor Ablauf der Fristen tatsächlich Gebrauch gemacht werden soll. Zweifelsohne hätte man hier auch ohne Torschlusspanik verfahren können, vorausgesetzt der Besitzer seinerseits hat die Stadt zeitnah – wozu er auch verpflichtet ist - von seinen Plänen in Kenntnis gesetzt. – Wie dem aber auch sei: Man kann an diesem Beispiel zumindest erkennen, wie wichtig Bebauungspläne für eine vernünftige Stadtentwicklung sein können.

Allerdings gibt es nur in den seltesten Fällen gültige Bebauungspläne für das Gebiet der Stadt Trier. Diesen Missstand hat auch schon der „Architekturbeirat“ vor Jahren immer wieder bemängelt, als ich selbst noch Mitglied desselben für die Linksfraktion (und dann parteilos) war. In nur ganz wenigen Fällen bestehen Bebauungspläne im Stadtgebiet, die verbindliche, städtebauliche Vorgaben für Investoren machen. Vielfach muss die Stadtverwaltung jedoch mit „heißer Nadel stricken“ und Entscheidungen von heute auf gleich treffen, weil ansonsten Fristen verjähren sind, wie auch in dem aktuellen Fall, was natürlich für alle Seiten ziemlich misslich und auch stressig ist.

Allerdings besteht der Vorteil in Bezug auf das anstehende Problem des sog. „Gerberviertels“ immerhin nicht darin, dass „kein“ Bebauungsplan vorliegt! Das ist in anderen Fällen leider völlig anders. So haben die Anwohner der Soterstraße in Altkürenz seit mehr als zwei Jahren gegen das Bauvorhaben eines Investors bezüglich einer „Baulücke“ protestiert, ohne jedoch Gehör bei Stadtverwaltung gefunden zu haben. Selbst meine Anfragen im Ortsbeirat Kürenz wurden nur widerwillig zur Kenntnis genommen, wobei vor allem die CDU überhaupt kein Interesse und auch kein Verständnis für die Fragen und Bedenken der Anwohner aufbringen konnte. Diese forderten nämlich von der Stadt Trier nicht weniger als die Erstellung eines gültigen Bebauungsplans für die Soterstraße einschließlich des Geländes der Grundschule Kürenz, was die Stadt bis jetzt mit den unterschiedlichsten Gründen abgelehnt hat, was dann von der Mehrheit des Ortsbeirates auch nicht mehr hinterfragt wurde.

Das Ergebnis kann derzeit von jedem Bürger, der Lust hat, besichtigt werden: Ein weitaus überdimensionierter schmuckloser Kastenwohnbau entsteht zwischen einer bestehenden Wohnbebauung, durch die eineinhalbstöckige Einfamilienhäuser charakterisiert ist, wobei sich die bestehende Grundschule auf der gegenüberliegenden Straßenseite harmonisch in die bisherige Gesamtbebauung eingliedert. Erst hinter der Grundschule finden sich wieder überdimensionierte Terrassenbauten von Appartements und Eigentumswohnungen. Jedenfalls ist der neue „Kasten“ in der Soterstraße für alle, die ich bisher gesprochen habe „eine Faust aufs Auge“!

Allerdings hat das Fehlen eines gültigen Bebauungsplans für die Soterstraße, wie die Anwohner/innen spekulieren, durchaus System: Denn mit einem Bebauungsplan wäre die jetzige Wohnbebauung unmöglich gewesen, womit eine neue „Bausünde“ in Trier hätte verhindert werden können. Das war aber von der Stadtverwaltung überhaupt nicht intendiert!

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Denn schon im ersten Schulentwicklungsplan war explizit davon die Rede, die Grundschule in Altkürenz als eine der ersten Schulen in Trier zu schließen (vgl. TV). Und das hat sich bis heute gegen den Widerstand der Kürenzer Bürger/innen nicht geändert

(vgl.), wenngleich der Ortsbeirat in einigen Fraktionen nur zu unverbindlichen „Lippenbekenntnissen“ bereit ist, die aber von anderen parteipolitischen Absichten im Stadtrat geprägt sind (vgl. Artikel auf meiner Homepage „Ortsbeirat“ 2012). Hier sieht man also, dass die Möglichkeit von Bebauungsplänen in Trier Gebrauch zu machen, von der Stadtverwaltung in sehr unterschiedlichem Sinne verwirklicht wird, wobei nicht die Interessen der Bürger/innen vor Ort den Ausschlag geben, sondern mitunter das bloße Bedürfnis der Verwaltung große Gewinne durch Grundstücksverkäufe machen zu können. – Mehr nicht! Eine vernünftige städtebauliche Gesamtentwicklung sieht anders aus!